

**Spenden Sie für den Kauf eines Bulldozers** zur Rodung von Marabú befallenen Flächen in den Milchprojekten von Cuba Sí! Helfen Sie, damit auch in Zukunft jedes kubanische Kind täglich einen Liter Milch bekommt!

Seite -8-

**Entschlossenes Handeln für bessere Bildungschancen im rot-roten Brandenburg**

Seite -7-

# Linkes Blatt **DIE LINKE.**

12. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

22.06.2010

## **Die 2. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt „Die Polizei vergisst Sie auch nicht“**

Auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitages unserer Partei ging es eher ruhig zu. In einem sehr schön sanierten Fabrikgebäude (ehemals eine Fabrik zur Herstellung von Getränkemaschinen) gab es zwar kein Bier, aber reichlich Optimismus, was die Landtagswahlen am 20. März 2011 in Sachsen-Anhalt angeht. In seiner Rede (nachzulesen unter: [www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)) erläuterte Wulf Gallert die Bedeutung einer starken Linken für die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, aber auch die bundespolitische Wirkung. Er verwies explizit auf die brennenden Fragen, welche nicht im Bundesland gelöst werden können, welche aber durch eine starke Vertretung der Partei DIE LINKE im bundesweiten Kontext zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung geändert werden könnten, z.B. im Gesundheitswesen und im Arbeitsmarktbereich. Und DIE LINKE wirkt, denken wir nur an die Forderung nach Mindestlöhnen. Als besondere Unterstützung waren mit Kerstin Kaiser - Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Brandenburg; Udo Wolf - Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus in Berlin; Dietmar Bartsch - stellv. Vorsitzender



der Bundestagsfraktion; Helmut Holter - Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern; Dieter Hausold - stellv. Fraktionsvorsitzender in Thüringen; André Hahn - Fraktionsvorsitzender in Sachsen angereist. Insbesondere die Rede von Ker-

stin Kaiser, die die schon erreichten Verbesserungen innerhalb der Rot-Roten Koalition erläuterte, gab Mut, auch bei allen zu erwartenden Schwierigkeiten als Regierungs- und Koalitionspartner. Erwähnen möchte ich noch die folgende **Erklärung:**

### **Der Osten braucht den Wechsel**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung spaltet das Land, spart auf Kosten der Ärmsten und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Deutschland braucht einen Politikwechsel.

Vieles wird sich im Jahr 2011 mit den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin entscheiden, hier werden auch die Weichen für den politischen Wechsel im Bund gestellt. Es geht dabei um nicht weniger als die Eröffnung neuer demokratischer, sozialer und ökologischer Perspektiven für die Menschen.

DIE LINKE geht mit dem Ziel in das Jahr 2011, linke Mehrheiten zu schaffen und auch zu führen, um diesen Perspektiven Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

weiter auf Seite -2-

DIE LINKE will für ihre Positionen im Osten Mehrheiten erringen. Spätestens mit dem Auslaufen des Solidarpaktes drohen die ostdeutschen Bundesländer völlig abgehängt zu werden. Wenn nicht grundlegende politische Veränderungen erreicht werden können, drohen die ostdeutschen Länder immertief in eine Abwärtsspirale zu gleiten.

DIE LINKE steht für die Stärkung der sozialen Systeme, nicht für deren Zerstörung, wie das von Schwarz-Gelb derzeit praktiziert wird. Angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sind gerade im Osten viele Menschen von der Funktions- und Leistungsfähigkeit dieser sozialen Systeme abhängig. Damit der Staat wieder handlungsfähig wird, braucht es eine grundlegende Steuerreform, bei der die Verursacher der Krise relevant und gerecht besteuert werden.

In den Ländern zeigt die rot-rote Erfahrung: Es sind Projekte möglich, die die Gesellschaft verändern, ihrer Entwicklung neue Akzente und teils auch eine neue Richtung geben, aber sie bringen noch keinen grundsätzlichen Wechsel. Das ist im Rahmen eines Bundeslandes nicht möglich, dazu müssen auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verändert werden. DIE LINKE will auch den Wechsel im Bund schnellstmöglich erreichen.

Wulf Gallert (Sachsen-Anhalt)  
Kerstin Kaiser (Brandenburg)  
Dieter Hausold (Thüringen)  
Udo Wolf (Berlin)  
André Hahn (Sachsen)  
Helmut Holter (Mecklenburg-Vorpommern)  
Dietmar Bartsch (Bundestagsfraktion)



Ich denke, hier liegt vieles, was sich im beschlossenen Leitantrag auch wiederfindet.

Der Antrag, Wulf Gallert als Ministerpräsidentenkandidaten auf der Landesliste auf Platz eins zu nominieren, fand bei einer Enthaltung die Zustimmung des Landesparteitages. Dafür gab es dann auch stehenden Beifall (Standing Ovation).

**„Jede Stimme eines Wählers ist ein Anfang“ - Wulf Gallert**

Marianne Böttcher

#### **Auflösung des Untertitels:**

Stefan Perlbach - Stellv. Landesvorsitzender Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund machte in seiner Rede auf die sowohl personellen als auch materiellen Schwierigkeiten der Polizei in unserem Land aufmerksam und bat die Partei, bei einer Regierungsbeteiligung die Polizei nicht zu vergessen und versprach, dass die Polizei uns auch nicht vergisst - ausgelassene Heiterkeit im Saal war die Folge. ;-) (mb)

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Niema Movassat

#### **Partystimmung für Fußballfans und Katerstimmung für Stadionangestellte**

„Es kann nicht sein, dass die Rechte südafrikanischer Stadionangestellter mit Füßen getreten werden, während die Welt sich am reibungslosen Ablauf der WM-Spiele erfreut. Denn es sind gerade auch die Ordner, die dies ermöglichen - doch weil sie nicht im Rampenlicht stehen, scheint ihre Arbeit offensichtlich nicht wertgeschätzt“, so Niema Movassat anlässlich des gewaltsamen Vorgehens der Polizei gegen circa 500 Ordner. Diese hatten nach dem Spiel Deutschland-Australien dagegen protestiert, dass ihnen weniger Lohn als vereinbart gezahlt werden soll. Das Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die FIFA ist verantwortlich für die Auswahl der Firmen, die die Ordner beschäftigen. Damit hat sie auch die soziale Verpflichtung, darauf zu achten, dass die Arbeitnehmerrechte gewahrt werden. Nachdem es hier offensichtlich zu Vertragsbrüchen kam, ist die FIFA aufgerufen, für die Einhaltung der Verträge gegenüber den Stadionangestellten zu sorgen. Die Demonstranten hatten das Recht, gegen diesen Vertragsbruch zu demonstrieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass die südafrikanische Polizei zum einen Gewalt gegen die Demonstranten einsetzte und zum anderen nun ankündigte, die Organisatoren des Protests festzunehmen. Auch hier ist die FIFA aufgefordert, für die Rechte der Stadionangestellten einzutreten.“

## Mehr Sachlichkeit, weniger Instrumentalisierung der Geschichte

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Lötzsch, erklärt zum Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni 1953:



In seinem beim Erscheinen 1974 in der Bundesrepublik Deutschland weithin gefeierten Buch „Fünf Tage im Juni“ lässt Stefan Heym, der 1945 auf amerikanischer Seite an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt war und 1994 als Alterspräsident des Bundestages

von der schwarz-gelben Regierungskoalition mit dem eisigsten und zugleich peinlichsten Schweigen der Bundestagsgeschichte bedacht wurde, seinen Protagonisten Witte am Abend des 17. Juni sagen: „Die Weltgeschichte hat sich den Spaß erlaubt, von uns zu verlangen, dass wir den Sozialismus in einem Drittel eines geteilten Landes aufbauen, und das mit Menschen, die sich den Sozialismus keineswegs alle gewünscht haben. Wie viel von der Abneigung gegen die Partei hat seinen Grund nicht in ihren Fehlern, sondern in ihren Zielen?“

Heyms Buch zeichnet sich durch die Erfassung der Widersprüche aus, und die Widersprüchlichkeit dieses Tages ist durch Gesinnungs-journalismus nicht wegzuräumen. Auch dann nicht, wenn Meinungsmachern daran gelegen ist, zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR in jenem 17. Juni 1953 nichts anderes zu sehen als einen Baustein der Delegitimierung des anderen deutschen Staates von Anfang an. Der 17. Juni ist nicht zu begreifen ohne den von beiden Seiten aufs Heftigste geführten Kalten Krieg, nicht ohne Adenauer, nicht ohne die Turbulenzen in der Sowjetunion nach Stalins Tod und ohne den gewaltigen Druck, den die sowjetische Führung auf die DDR in Sachen Reparationsleistungen ausüben zu müssen glaubte. Er ist nicht zu begreifen ohne die Frontstadt Westberlin und die - von Heym in seinem Buch vielfach zitierte - von der Politik und den Medien getragene Einflussnahme des Westens.

DIE LINKE hat aus den Fehlern der SED gelernt. Die Verfolgung von Sozialdemokraten, Kommunisten und Andersdenkenden, die Geringschätzung der Demokratie, die überstürzten Beschlüsse zum Aufbau des Sozialismus, die Umfunktionierung der Gewerkschaften von selbständig agierenden Interessenvertretern der Arbeiter zu Ausführungsorganen der SED - all das waren Ursachen für die gesellschaftlichen Explosio-

nen des 17. Juni. Und an die Fehler, die zum 17. Juni führten, reihte sich nach diesem Tag einer, der für die weitere Entwicklung der DDR zu einem bestimmten wurde: Das Schweigen über diesen Tag. Heyms Buch blieb in der DDR unter Verschluss. Die Chance, aus Fehlern zu lernen, wurde vertan.

Aber die Wahrheit ist auch: Am 17. Juni 1953 lag das Ende des 2. Weltkrieges gerade einmal acht Jahre zurück. Wer aus Geschichte lernen will, tut gut daran, sich dieser Zeit in ihrer Gesamtheit zu nähern. Wer an die Stelle des Verschweigen dieses Tages durch die DDR-Führung heute die einseitige Überhöhung zum „Volksaufstand“ setzt, tut nichts anderes, als die eine Instrumentalisierung durch eine andere zu ersetzen. Mit einem souveränen Umgang mit der deutschen Geschichte hat das nichts zu tun. Wer Bundespräsident in unserem Land werden will, sollte diese Souveränität mitbringen.

### Inhalte sind entscheidend

#### **Die Vorsitzenden der LINKEN, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, erklären zu der von SPD und Grünen geplanten Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen:**

Es reicht nicht, wenn die Regierung wechselt. Wir wollen einen Politikwechsel. Die Inhalte müssen stimmen. Wir werden Gesetzes-Vorlagen dann zustimmen, wenn sie mit unserer Programmatik vereinbar sind. Wenn Kraft die Studiengebühren abschaffen will, kann sie mit unseren Stimmen rechnen. Wenn sie Stellen im öffentlichen Dienst abbauen will, dann werden wir im Parlament und auf der Straße protestieren.

Wir haben immer gesagt, dass Rüttgers weg muss, damit der Sozialabbau von Schwarz-Gelb im Bundesrat gestoppt werden kann. DIE LINKE wird sich so verhalten, dass das möglich wird. Wir werden eine rot-grüne Minderheitsregierung daran messen, ob sie einen Politikwechsel einleitet. Eine Minderheitsregierung ist immer nur eine Übergangslösung. Auf längere Sicht braucht jede Regierung eine stabile Grundlage. Eine stabile rot-rot-grüne Koalition wäre die beste Lösung für NRW. Von der LINKEN gibt es keine Blanko-Schecks. Wir werden die Arbeit einer rot-grünen Landesregierung genau verfolgen. Sozialabbau werden wir weder direkt noch indirekt tolerieren.



## Wolff: Akkreditierungskosten sind „Peanuts“ für die Universitäten

(sw) Die neue Kultusministerin Sachsen-Anhalts Birgitta Wolf (CDU) bezeichnete die Akkreditierungskosten für die Hochschulen als „Peanuts“. Wolff kam heute, zusammen mit dem CDU-Abgeordneten Bernhard Bönisch (CDU), zu einem Gespräch mit den BildungstreiklerInnen an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie verteidigte die Akkreditierung, da diese angeblich die Studierbarkeit der Studiengänge erhöhen würde und jede Universität hätte in ihrem Budget einen Posten für die notwendigen Akkreditierungen. An der MLU sind derzeit nur elf Studiengänge akkreditiert und dies sind ausschließlich Bachelor-Abschlüsse. Das Beamten-gesetz in Sachsen-Anhalt sieht jedoch vor, dass ArbeitnehmerInnen nur(!) verbeamtet werden können, wenn sie einen akkreditierten Master studiert und abgeschlossen hätten. Diese Regelung könnte auch nicht ausgesetzt werden, da die Universitäten dann keinen Druck mehr hätten, diese Akkreditierung auch vorzunehmen, so die Ministerin. Auf die Nachfrage eines studentischen Teilnehmers, ob dann ein Studiengang, der nicht akkreditiert sei, kein Studiengang wäre, sagte Bönisch nur „Ja, und?!“.

Die Akkreditierung eines Studiengangs kostet zwischen 15.000 und 20.000 Euro. Eine Cluster-Akkreditierung für mehrere Studiengänge würde die Uni etwa 50.000 Euro kosten. Würde man alle 252 Studiengänge der MLU akkreditieren wollen, müsste die Uni bis zu 5 Millionen Euro ausgeben. Zudem müssten die Studien-

gänge regelmäßig re-akkreditiert werden. Dader MLU ohnehin jährlich etwa 6 Millionen Euro im Budget fehlen, würde diese Zwangsmaßnahme die Lage noch weiter zu spitzen.

Auch zum strittigen Hochschulgesetz, welches noch diesen Monat im Landtag beschlossen werden soll, äußerten sich beide Politiker nur sehr unzureichend und sind jeweils der Meinung, dass sie nichts mehr machen könnten. „Die Mehrheit ist dafür und das ist so. Das ist Demokratie. Fertig!“, so Bönisch und Wolff ergänzte nur trocken: „like it or not“. Im besagten Gesetz wird festgeschrieben, dass der Bachelor in der Regel nach drei Jahren und der Master nach zwei Jahren abgeschlossen werden soll. Wolff finde dies zu starr, aber man könne nun leider nichts mehr machen. Zudem können Studierende, die „die Ordnung der Hochschule oder ihrer Veranstaltungen stören oder die Mitglieder der Hochschule hindern, ihre Rechte, Aufgaben oder Pflichten wahrzunehmen bei der Störung der universitären Ordnung exmatrikuliert werden“. Das hieße beispielsweise, dass streikende Studierende exmatrikuliert werden könnten. Bönisch räumte zwar ein, dass er

mit Einzelheiten des Gesetzes nicht zufrieden sei, aber die Mehrheit schon und damit müsste er leben. Welche Änderungen der CDU-



Politiker jedoch vornehmen würde, wollte er nicht sagen.

Im Gespräch zeigte sich, dass Wolff und Bönisch den Studierenden zwar zuhören und somit den Dialog nicht verweigern, aber dringenden Handlungsbedarf nicht sehen. Außer es gehe um die Akkreditierung von Studiengänge oder die Proteste an den Universitäten möglichst klein zu halten, in dem man restriktive Gesetze formuliere.

Mit solidarischen Grüßen,  
für den SprecherInnenrat  
Franziska und Stefan

SDS. Die Linke - Links-Alternative Hochschulgruppe MLU  
sds.mlu@googlemail.com  
sdsmlu.blogspot.com

Die BORiebeckplatz/Hofjäger lädt ein :

### Auswertung des Landesparteitages

vom 12.06.10 und Diskussion des Programmwerfurs mit  
**Genossin Henriette Quade**, stellv. Landesvorsitzende

**am 23. Juni, 17 Uhr im Kartoffelhaus, Philipp-Müller-Straße 44 in Halle**

Gäste sind herzlich willkommen!

## Kandidatin der LINKEN für das Amt der Bundespräsidentin



**Luc Jochimsen**

Die Vorsitzenden von Partei und Fraktion DIE LINKE, Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi, haben am 8. Juni 2010 in einer Sitzung der Bundestagsfraktion und des geschäftsführenden Parteivorstandes, an der Partei- und Fraktionsvorsitzende aus den Ländern teilgenommen haben, Luc Jochimsen als Kandidatin der LINKEN für das Amt der Bundespräsidentin vorgeschlagen. Die Kandidatur der profilierten Journalistin und kulturpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion wurde einstimmig unterstützt. Zur Kandidatur von Luc Jochimsen erklären die Vorsitzenden von Partei und Fraktion DIE LINKE:

*Gesine Löttsch:* „Luc Jochimsen ist die Kandidatin,

die zu den sozialen Fragen unserer Zeit mehr zu sagen hat, als die beiden anderen Kandidaten zusammen.“

*Klaus Ernst:* „Luc Jochimsen wäre eine hervorragende Bundespräsidentin. Wir brauchen eine Anwältin der Bürger, für die soziale Gerechtigkeit der Beurteilungsmaßstab von Politik ist. Luc Jochimsen hat einen Lebenslauf vorzuweisen, der von politischer Geradlinigkeit gekennzeichnet ist. Sie wäre als Präsidentin eine moralische Instanz für soziale Gerechtigkeit. Deshalb schlagen wir sie vor.“

*Gregor Gysi:* „Luc Jochimsen ist eine friedenspolitisch und sozial äußerst engagierte Frau, die sich durch hohe Bildung und eine ständige Tätigkeit in der Kultur auszeichnet. Sie ist eine Vereinigungspolitikerin, denn sie hat im Westen gelebt und sitzt nun für Thüringen im Bundestag.

Als Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks hat sie sich nicht nach ihrem eigenen Geschmack gerichtet, sondern die Bedürfnisse sämtlicher Zuschauerinnen und Zuschauer beachtet, so dass sie besonders geeignet ist, jetzt die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.“

### 65 Jahre Befreiung vom Faschismus

#### Die Russen kommen ! Wie war das damals ?

Augenzeugen berichten.

Wir empfehlen unseren Lesern nachfolgende Literatur.

**Berlin.** Über den Einmarsch der Roten Armee Ende April 1945, über die verbissenen Kämpfe innerhalb der Stadt und die Kapitulation der Deutschen am 08. Mai in Karlshorst schreibt aus eigenem Erleben St. Doernberg in „Fronteinsatz“ edition ost 2004 (S. 74 ff.). Zu dieser Zeit war Doernberg Dolmetscher in der Sowjetarmee, in der DDR war er Professor und Botschafter im Auswärtigen Dienst.

**Halle.** Über die Ankunft des 1. Sowjetsoldaten in Halle am 1. Juli 1945 berichtet W. Gall in „Moskau - Spandau - Halle“ GNN-Verlag 2000 (S. 99 ff.) Gall war damals Offizier in der 7. Abteilung der 47. Armee der Sowjetunion, später Offizier für Kultur und Zensur in der Sowjetischen Militäradministration in Halle. Er benennt zum Beispiel als Termine für den Wiederbeginn des kulturellen Lebens in der Stadt den 04. Juli mit einem Kaffeekonzert im Kurpark „Bad Wittekind“ und den 15. Juli mit einer Vorstellung im Steintor-Varieteo.

**Mansfelder Land.** Wie zunächst im April 1945 die US-Armee und dann am 03. Juli die Rote Armee das Mansfelder Land mit Eisleben und Gerbstedt besetzt haben und welche Haltung die Besatzer zu deutschen Antifa-Komitees hatten, charakterisiert O. Gotsche in „Die Fahne von Kriwoi Rog“ MDV 1955 (S. 504 ff.) Gotsche war selbst an den Ereignissen beteiligt, schreibt aber keine Dokumentation, sondern einen Roman, dessen historische Wahrheit teilweise umstritten ist. Der Roman wurde 1967 unter dem Buchtitel verfilmt.

Auswahl durch G. Nau

## Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage

### Gründungsaufruf „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“

Seit einigen Jahren sehen wir uns in Halle (Saale) verstärkt mit öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremen konfrontiert.

Im letzten Jahr versuchten die Neonazis, am 17. Juni und 07. November über die Grenzen unserer Stadt hinaus Gleichgesinnte zu mobilisieren, um die Erinnerung an zwei der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Nachkriegsgeschichte in den Dienst ihrer undemokratischen Sache zu stellen.

Um diesen und anderen braunen Umtrieben Einhalt zu gebieten, hat sich in den vergangenen Jahren wirksamer, öffentlicher Protest mit dem Ziel organisiert, den Neonazis nicht die Straßen und Plätze in Halle sowie die Deutungshoheit über die Geschichte zu überlassen.

Jedoch reicht es nicht aus, auf die öffentlichen Aktionen der Rechten zu reagieren. Es braucht verbindliche Strukturen, die sich über konkrete Anlässe hinaus der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungspotentialen, lokaler Strategieentwicklung und langfristigem Engagement widmen.

Mit dieser Zielrichtung und auf der Basis bisheriger Strukturen und Erfahrungen haben im März und April zwei Zukunftswerkstätten stattgefunden.

Aus dieser Initiative heraus ist nun der Impuls zur Gründung eines übergreifenden und neue Akteure einbindenden Bündnisses entstanden.



Am 17. Juni 2010 gründete sich auf dem Markt, unmittelbar vor dem Stadthaus, das Bündnis. Zu den Erstunterzeichnern gehörten: 10 Einzelpersonen und Die Linke Halle, Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V., Friedenskreis Halle e. V., IG Metall Halle, IG Metall Jugend, Islamische Gemeinde Halle, Jusos in der SPD Halle, Reformhaus Halle e. V., SPD Stadtverband Halle (Saale), SPI GmbH, Streetwork-Fanprojekt Halle, VdN / BdA.

Nach einer kurzen Ansprache unterzeichnete auch die Oberbürgermeisterin D. Szabadosz den Aufruf. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt folgten noch an diesem Abend. Wir wünschen dem Bündnis viel Erfolg bei seiner wichtigen Arbeit. (mb)



## Entschlossenes Handeln für bessere Bildungschancen im rot-roten Brandenburg

T. Falkner

Bundesweit ist das einmalig: In Brandenburg gibt es ein Bafög für Schülerinnen und Schüler. Nach kontroverser Debatte und heftigen Angriffen der schwarz-gelben, aber auch der grünen Opposition wurde es Anfang Juni von der rot-roten Koalitionsmehrheit beschlossen; mit dem neuen Schuljahr erhalten dann Kinder aus einkommensschwachen Familien einen Zuschuss zum häuslichen Bildungsbudget. Antragsberechtigt sind Schüler der 11. Klassen und des ersten Jahres der Fachoberschule; sie erhalten in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen 50 oder 100 Euro im Monat.

In der Landtagsdebatte ging es hoch her: Der CDU-Finanzexperte Burkardt bezeichnete Ministerpräsident Platzeck als „bourgeois Jüngelchen“, das seine Befindlichkeiten pflege – und empfahl stattdessen, Bildungschancen durch Arbeiten im Steinbruch zu finanzieren, wie auch er selbst es habe machen müssen. Platzeck polterte zurück und forderte Burkardt auf, sich bei den einkommensschwachen Familien zu entschuldigen, denen er mit seinen Einlassungen vorgeworfen habe, selbst Schuld an ihrer Misere zu sein.

Für das Ausrasten bei der CDU gibt es einen einfachen Grund: Die Abschaffung des Schüler-Bafögs in der alten Bundesrepublik war 1983 eine der ersten schweren Einschnitte, die Helmut Kohls Union vornahm. Damals kamen 18 Prozent der Studierenden aus Arbei-

terfamilien – ein Wert, der seither nie wieder erreicht worden ist. Rot-Rot in Brandenburg will das nun korrigieren.

Leicht ist das nicht. Weniger die Finanzierung ist das Problem – da hat der LINKE Finanzminister Helmuth Markov schon für gesorgt. Vor allem schwierige rechtliche Hürden müssen überwunden werden, damit auch und gerade Kinder aus Hartz-IV-Familien Schüler-Bafög erhalten können und es nicht auf die Leistungen nach SGB II angerechnet wird. Leider hat die Bundesregierung die Auflagen des Urteils zur Rechtswidrigkeit der Zahlsätze für Kinder und Jugendliche noch immer nicht umgesetzt; Brandenburg bewegt sich damit ein Stück weit im rechtsfreien Raum. Deswegen wird es zum Jahresende, wenn Berlin seiner Verpflichtung nachgekommen sein muss, eine Novelle des brandenburgischen Schüler-Bafög-Gesetzes geben müssen. Daraus wurde von der Opposition und in Teilen der Presse der Vorwurf konstruiert, Rot-Rot wolle gerade Hartz-IV-Kindern nur ein paar Monate helfen. Das politische Klima ist rauer geworden in Brandenburg, seit Matthias Platzeck die Union verstieß und die LINKEN an den Kabinetttisch holte ...

Eine andere Debatte rankte sich um die Frage, ob eine solche Unterstützung nicht zu spät ansetze. Auch die LINKE hätte gern ein Schüler-Bafög ab der 6. Klasse gesehen, weil in diesem Alter für viele die Entscheidung für oder ge-

gen das Abitur fällt. Das allerdings wäre im Moment nicht zu finanzieren.

Und doch sorgt Rot-Rot in Brandenburg dafür, dass nicht nur zum schulischen Schlusspurt, sondern bereits ganz am Anfang, im Vorschulalter, die Bildungschancen verbessert werden. Priorität hat dabei die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten für die 0- bis 3-Jährigen von einer Erzieherin für sieben Kinder auf sechs und für die über Dreijährigen von 1 zu 13 auf 1 zu 12 ab dem 1. Oktober. Für diese Maßnahmen werden im Haushalt für 2010 über 13 Millionen Euro und ab 2011 zusätzlich 35 Millionen Euro bereitgestellt. Bis zu 1.000 neue Kita-Erzieherinnen und Erzieher können damit in den kommenden Jahren von den Kommunen und den Freien Trägern eingestellt werden – ohne dass ihnen zusätzliche Kosten entstehen. Im Gegensatz zur jetzigen Regelung übernimmt das Land für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels nicht nur 84 Prozent, sondern 100 Prozent der Kosten. Im gesamten Land Brandenburg sollen mit Beginn des neuen Schuljahres zudem Kinder von Hartz-IV-Empfängern unentgeltlich an der Schülerbeförderung teilnehmen können.

„Gute Bildung für alle von Anfang an“ gehört zu den Schlüsselprojekten der Koalition der LINKEN und der SPD.

Rot-Rot setzt das beherzt um.

## Ein Bulldozer für Kuba

Marabú ist ein Fluch für die kubanische Landwirtschaft. Der eingeschleppte Dornenstrauch pflanzt sich über tiefe unterirdische Sprosse, Stengelfragmente und Unmengen produzierter Samen fort. Diese sind feuerunempfindlich, bleiben über viele Jahre fruchtbar und zersetzen sich auch nicht im Verdauungstrakt von Tieren. Durch seine rasante Ausbreitung gehen kostbare Flächen für Viehzucht und Lebensmittelanbau verloren.

Derzeit sind landesweit ca. 1,2 Mio. Hektar befallen – ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Solche fruchtbaren Böden wollen wir gemeinsam zurückgewinnen, um die Ernährungssicherheit Kubas weiterhin zu stabilisieren.



**Spenden Sie für den Kauf eines Bulldozers** zur Rodung von Marabú befallenen Flächen in den Milchprojekten von Cuba Sí! Helfen Sie, damit auch in Zukunft jedes kubanische Kind täglich einen Liter Milch bekommt!

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Nr. 13 222210,  
Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00,  
VWZ bitte unbedingt angeben: Milch für Kubas Kinder/Bulldozer  
(Spendenbescheinigung auf Wunsch)

**Cuba Sí**

AG in der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030-24009-455,-456  
berlin@cuba-si.org, www.cuba-si.org

### Vortrag mit Diskussion

#### Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist ein wissenschaftliches Paradigma, das wie der Dialektische Materialismus von Marx und Engels auf den fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erkenntnissen unserer Zeit beruht. Die drei Internationalen Forschungsgemeinschaften, die an ihm mitarbeiten, haben bereits Regionale Übergangsprogramme zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts für Europa und Lateinamerika öffentlich vorgestellt. Das Paradigma des Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist soweit entwickelt, dass es heute graduell verwirklicht werden kann, soweit der politische Wille vorhanden ist.

**Mit Prof. Dr. Heinz Dieterich, Marburg**

**Die Veranstaltung findet statt am 29. Juni 2010,**

**Beginn 19.00 Uhr, an der Martin-Luther-Universität,  
Melanchthonianum, Hörsaal XVIII, Uniplatz**

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345/20 255 90  
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tágig  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
17.06.2010  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 22.07.2010



**Leserbrief:**

Prof. Dr. Ernst Luther

**Offener Brief an die Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)**

zu dem „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße“

In einem Leserbrief an die MZ (veröffentlicht am 30.06.2008, S. 22) habe ich bereits das „übel zugestutzte Bild“ über E. Abderhalden in einem Beitrag vom 6.6.08 beklagt.

Nach der Presseinformation in der MZ vom 24.4.2010 über den oben benannten Antrag bemühte ich mich um den Text, mit dem ich mich öffentlich auseinandersetzen will, da ich es für unerträglich halte, wie neuerdings Geschichte verfälscht und die Biographie Emil Abderhaldens für einen bestimmten Zweck zurechtgestutzt wurde.

Es ist natürlich durchaus legitim, Biographien von Persönlichkeiten neu zu bewerten, wenn bestimmte, bislang unbekannte Quellen vorliegen. Im Fall des benannten Antrages liegen allerdings keine neuen Quellen oder Erkenntnisse vor. Das Gegenteil ist der Fall, die vor über 40 Jahren in der DDR publizierte Erkenntnisse und vor allem die wichtigste Schrift Abderhaldens zur politischen Vergangenheit werden verschwiegen – ob aus Unkenntnis oder böswilliger Absicht mögen die Autoren im Stadtrat erklären.

Meine Kenntnis zur Persönlichkeit von E. Abderhalden beruht auf Forschungen zu seinen Publikationen, zahlreichen Veröffentlichungen über sein Leben und Wirken, auf Studien der Akten des Universitätsarchivs sowie des DZA, das sich früher in Merseburg befand. Alles davon ist öffentlich zugänglich.

Im ersten Absatz des Antrages heißt es: „Die Benennung von Straßen mit den Namen verstorbener Persönlichkeiten erfolgt, um das Andenken an diese zu bewahren und sie zu ehren. Diese Ehrung setzt

eine entsprechende Lebensleistung – oft Verdienste um Stadt und Bewohner Halles – und Lebensführung der zu ehrenden Person voraus.“

Ich gehe zuerst auf die Verdienste um Stadt und Bewohner Halles ein. Warum verschweigen die Antragsteller das 1915 in Halle-Kröllwitz von Abderhalden gegründete Säuglings- und Kinderheim? Kein Wort davon, dass Kleingärtner an ihn durch Namensgebung an die 1915–1917 gegründeten „Kleinackeranlagen“ erinnern. Warum wurden die in den Akten des Stadtarchivs zu lesenden Belege für die von Abderhalden inaugurierte Aktion „Schweizerhilfe für deutsche Kinder“ nicht erwähnt, durch die zwischen 1919 und 1923 etwa 100.000 Erholungsversickungen in die Alpenrepublik möglich wurden? Man findet dort auch Informationen über eine 1923/24 organisierte Altershilfe für mittellose Rentner sowie von Gemeinschaftsküchen, Lese- und Wärmestuben.

Über alle diese Leistungen berichteten ausführlich Wolfram Kaiser, Werner Piechocki und Kurt Werner in ihrem Beitrag: „Das sozialmedizinische und kommunalpolitische Wirken von Emil Abderhalden im Verband der Stadt Halle“ (In Memoriam Emil Abderhalden. Wiss. Beitr. D. MLU 1977 / 26)

Nun zu dem schwierigeren Thema der „Lebensführung“. Hier geht es in der Tat um schwerwiegende politisch widersprüchliche Auffassungen, die es nicht zu verschweigen oder zu entschuldigen gilt. Aber auch dieses Thema ist seit mehr als 40 Jahren debattiert und der Öff-

fentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Die ersten politischen Debatten, die stärker die Öffentlichkeit bewegten, wurden 1952 anlässlich des 300jährigen Jubiläums der LEOPOLDINA geführt.

In seinem Festvortrag „Dreihundert Jahre Leopoldina – Bestand und Wandel“ erklärte der Medizinhistoriker Rudolf Zaunick über die Zeit des Nationalsozialismus: „Unser letzter Präsident Emil Abderhalden hat es verstanden, alle wesentlichen Machtansprüche zu paralysieren, selbst die dereinmal drohenden Einschmelzung. Im Grundsätzlichen hat er keine Konzessionen gemacht. Er hat auch niemals Günstlinge des Regimes zu Mitgliedern ernennen lassen, und die politisch verfemten hat er nicht offiziell aus der Matrikel gestrichen, sondern als zeitlich passive Mitglieder angesehen und ihnen die persönliche Treue gehalten.“ (Nova Acta Leopoldina, NF. Bd. 15, 1952, S. 37f.)

Dies ist sicherlich eine der Voraussetzungen für die Straßenbenennung im März 1953.

In diesem Sinne meinte auch der Biochemiker Johannes Methfessel 1965 „Seine lokale Popularität und sein weltweiter wissenschaftlicher Ruhm waren indessen so groß, um ihn anzutasten.“ (Wiss. Z. MLU, Math.-Nat.Reihe, 1965, H.1, S. 60) 1967 habe ich nach längeren Recherchen und oft langen persönlichen Gesprächen mit den Mitgliedern der LEOPOLDINA Hanson, Grüneberg und Mothes meine Auffassung zur politischen Entwicklung Abderhaldens als Ergänzung der

zahlreichen Darstellungen formuliert, indem ich sein letztes Werk zum Ausgangspunkt nahm, die „Gedanken eines Biologen zur Schaffung einer Völkergemeinschaft und eines dauerhaften Friedens“, Zürich 1947. (Ernst Luther: Die Gedanken des Arztes und Naturwissenschaftlers Emil Abderhalden zur Schaffung einer Völkergemeinschaft und eines dauerhaften Friedens. In: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1817 – 1967 Festschrift anlässlich des 150. Jahrestages der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle. Halle (Saale) 1967, S. 273 – 285; weitere Quellenangaben hier im Anmerkungsapparat).

Ich versuchte eine differenzierte Darstellung seines Wirkens in der Zeit 1919 – 1923 als Abgeordneter im Preußischen Landtag (Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei), erwähnte seine Aktion „Schweizerfürsorge für deutsche Kinder“ und schilderte die Gründung und das Scheitern der Ethik-Zeitschrift. Auf dieses Thema bin ich 1977 anlässlich des Gedenksymposiums aus Anlass des 100. Geburtstages von Abderhalden noch einmal ausführlich eingegangen. (Ernst Luther: Ethische Aspekte im Leben und Werk Abderhaldens. In: In Memoriam Emil Abderhalden. Wiss. Beitr. MLU Halle (Saale) 1977)

In beiden Arbeiten gehe ich ausführlich kritisch auf die widersprüchliche Rolle Abderhaldens in der NS-Zeit ein. Mir sind jedoch drei Erkenntnisse sehr wichtig:

Erstens, die geistige Atmosphäre an den Universitäten – und besonders an den Medizinischen Fakultäten – war bereits vor 1933 antisozialdemokratisch, antibolschewistisch und von einer fatalen Illusion über

den Nationalsozialismus geprägt. Abderhalden befand sich da z. B. auf einer Ebene mit Ferdinand Sauerbruch und Viktor von Weizsäcker. Nicht zufällig war die stärkste Zahl der NS-Mitglieder bis zur Schließung der Universität 1945 nicht an der Juristischen sondern an der Medizinischen Fakultät. Und nicht zufällig konnte die Medizinische Fakultät fast ein halbes Jahr nach der Wiedereröffnung der Universität erst ihren Lehrbetrieb beginnen, da der für die Personalauswahl zuständige Theodor Brugsch – 1936 aus der Fakultät vertrieben – Schwierigkeiten hatte, wenig belastete Professoren und Dozenten zu finden.

Abderhalden gehörte offensichtlich dazu. 1928 war er Gast auf einem Physiologenkongress in Leningrad. In der Ethik-Zeitschrift berichtet er: „Am gewaltigsten ist der Gegensatz von heute gegenüber gestern in Rußland. An die Stelle des zaristischen Absolutismus ist eine Staatsform getreten, die die Ideale des Marxismus und Kommunismus zu erfüllen sucht. Ein gewaltiges Experiment, vor dem wir die Augen nicht voll Angst und Schrecken wegwenden sollen, nein, wir haben die Pflicht, seine Auswirkungen mit den Augen des Naturforschers zu verfolgen... Man lese Gogol, Tolstoi, Gorki usw., und man wird der russischen Revolution ein besseres Verständnis entgegenbringen.“ (Ethik, Jg. 1928, H.1, S. 2 ff) 1935 ist er erneut in Leningrad und hält weitere Kontakte mit seinen dortigen Kollegen. Das hindert allerdings nicht, dass in der Zeitschrift antisowjetische Formulierungen Platz finden. Zweitens, die politische Atmosphäre zwischen 1933 und 1936 war gekennzeichnet von der „Durchsetzung des Führer-Prinzips“. Das bedeutete die Entfernung jüdischer

Ärzte. Für eine Entscheidung dazu gab es keinen Spielraum. Es folgte eine brutale Unterordnung der Ärzte und aller Universitätsangehörigen, wenn sie nicht schon entlassen oder in die Emigration gegangen waren. Die Mehrzahl der Professoren wählte den Eintritt in eine der NS-Organisationen, einige nahmen sich das Leben. Abderhalden war Bürger mit einem Schweizer Pass und wog 1933 einen Ruf nach Basel anzu nehmen. Am 1.4.1934 wird sein Gehalt von 15.000 RM auf 13.6000 RM gekürzt, die Auszahlung von 1.000 RM für die Leitung des Instituts wird eingestellt, der Gauleiter lässt ihn durch seinen V-Mann Prof. Frommolt (Dir. der Frauenklinik) überwachen. Als 1936 Theodor Brugsch aus der Fakultät gedrängt wurde, kam er wieder in Konflikte, denn der NS-Fanatiker Dr. Kürten, vom Gauleiter protegiert, sollte den Lehrstuhl erhalten. Abderhalden drohte erneut mit dem Weggang und lehnte auch ab, in das Amt des Dekans gewählt zu werden.

Viel ist gerätselt worden, warum er in Deutschland blieb und mehrfach in absurder Weise den Nazis Lobeshymnen sang (Hitler rauche und trinke nicht, sei also Vorbild u.a.m.) Drittens, 1945 stellen die Amerikaner einen Zug mit Wissenschaftlern zusammen, der dann später in der Literatur „Abderhaldentransport“ genannt wird. Abderhalden verlässt Halle gegen seinen Willen und schreibt im Februar 1946 an den Rektor, dass ihm die Rückkehr nicht gestattet wurde.

Das Entscheidende ist für mich in diesem Zusammenhang, wie sich eine Persönlichkeit nach 1945 zur Geschichte und eigenen Person geäußert und verhalten hat. Da gibt es z. B. eine klare Parallele zwischen Abderhalden und von Weizsäcker; beide haben ihre Auffas-

sungen aus den 30er Jahren konsequent korrigiert.

Ich möchte deshalb einige Fakten aus der Biographie des Freiherrn Viktor von Weizsäcker (1886 – 1957) einblenden, der ein Zeitgenosse Abderhaldens war und in Westdeutschland in den letzten Jahren viele Ehrungen erfuhr.

Von Weizsäcker gehört zu den Begründern der „Medizinischen Anthropologie“. Ich beziehe hier mich nur auf seine Schrift „Euthanasie und Menschenversuche“ (1947), in der er den Weg der SS-Ärzte zum vernichtungspolitischen Denken und Handeln aus ihrer naturwissenschaftlichen biologischen Medizin ableitete. Was allerdings sein Verhältnis zur Eugenik und dem NS-Regime betrifft, so wird man in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift die sinngemäß gleichen Formulierungen wie bei Abderhalden finden. Z.B.: „... statt Sozialpolitik soziale Nationalpolitik“ (DMW, 1933, S. 1569); oder: „Es wäre illusionär, ja es wäre nicht einmal fair, wenn der deutsche Arzt seinen verantwortlichen Anteil an der notgeborenen Vernichtungspolitik glaubte nicht beitragen zu müssen.“ (Ebenda) Und schließlich: „Ersteine volkspolitisch zu Ende gedachte Vernichtungspolitik bewies sich als nicht nur erhaltend, sondern auch gestaltend.“ (Ebenda, S. 1570) Unendlich groß ist die Zahl der Eugenik-Verfechter bereits vor 1933 und fast unerklärlich erscheint uns heute, wie nahezu Übergangslos der Weg von der „Auslese“ zur „Ausmerze“ vollzogen wurde. Das wäre aber ein eigenes Thema.

Für Abderhalden gilt zweifellos, dass er diesen Weg kritiklos mitging. Doch wer ihn heute beurteilt, muss seinem Rückblick nach 1945 als eine entscheidende Lehre, die er zog, bei der Wertung der „Lebens-

führung“ die Priorität geben.

Deshalb möchte ich aus seinem 1947 erschienen Buch „Gedanken eines Biologen zur Schaffung einer Völkergemeinschaft und eines dauerhaften Friedens“ zitieren, welche Lehre er aus der Vergangenheit gezogen hat:

„Für mich war immer Symbol einer grenzenlosen Verwirrung auf religiösem Gebiet das Mit Gott, das die Gürtelschnalle des deutschen Soldaten kennzeichnete. Er trug dieses Symbol mit sich, wenn er in den Krieg zog. Geistliche segneten die Waffen und erflehten von Gott den Sieg. Genau dasselbe tat der Feind! Wem sollte nun Gott seine Gunst zuwenden? Ein Angriffskrieg aber gar ausgerüstet mit Atombomben und neuen Giftgasen unter Gottes Forderung gestellt, ist einfach undenkbar, und doch haben sich zum gewaltigen Schaden der Religion manche Hüter der Lehre Christi entgegen dem höchsten Befehl Liebe deinen Nächsten nicht als die Führer erwiesen, derer die Völker bedürfen.“ ...

„Es bedarf merkwürdigerweise eines großen Mutes, um den Krieg zu disqualifizieren und ihn ohne Umschweife als das zu betrachten, was er in Wahrheit ist. ...

Alle Völker wollen einen dauerhaften Frieden. Alle wissen, daß ein Krieg sie alle nicht glücklich macht. Alle wissen, daß nur Zusammenarbeit zu einem Erfolg führt. Kein einziges Volk kann einer glücklichen Zukunft entgegengehen, wenn andere notleiden.

Ein furchtbares, entsetzliches Erlebnis liegt hinter uns. Fast kein Volk hat nicht unendlich gelitten. Millionen von Menschen müssen von neuem anfangen, sich eine Existenz zu schaffen. ...

Es darf nicht da angeknüpft werden, wo die jüngste Vergangenheit

aufgehört hat. Ein völlig neuer Geist muß in die Weltgeschichte einziehen, wenn ein wirklicher Fortschritt erzielt werden soll. Vor allem muß auch mit Vorurteilen gebrochen werden. Der Blick soll in gleicher Weise nach Osten wie nach Westen frei sein!“ ...

„Es mutet geradezu paradox an, wenn man auf der einen Seite das Ringen der Wissenschaftler verfolgt, Leben zu erhalten und lebenswert zu gestalten, und auf der anderen alle Anstrengungen gemacht werden, Leben zu vernichten oder doch so zu verletzen, daß Kampfunfähigkeit eintritt. Ein Heer von Verstümmelten ist die Folge! Warum führt man denen, die über Krieg und Frieden entscheiden, nicht das Heer jener Verstümmelten vor, die abseits von jeder Gemeinschaft ihr Dasein vollbringen müssen, weil ihr Anblick Entsetzen auslöst.“

Man darf wohl ohne Abstriche heute wiederholen, was Abderhalden als Quintessenz seines Buches schrieb:

„Unendlich große Erziehungsarbeit ist noch zu leisten, bis das angestrebte Ziel eines wahrhaft demokratischen Zusammenlebens von Völkern und Volksgemeinschaften erreicht ist.“

Es wäre wünschenswert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf ihre demokratischen Wurzeln besinnt und ihren Antrag zurückzieht.

Am liebsten würde ich bitten, ihrer Bundestagsfraktion das Buch Abderhaldens zuzusenden.

Sollte die Fraktion ihren Antrag nicht selbst zurückziehen, so hoffe ich, dass es im Stadtrat zu einer ernsthaften Debatte kommt und der Antrag der Fraktion der Grünen zurückgewiesen wird.